



# kontakt

Informationen der hannoverschen SPD-Bundestagsabgeordneten Kerstin Tack



## Liebe Leserinnen und Leser,

die Zukunft Europas und dessen Stabilität beschäftigen uns alle täglich. Wohin wird und/oder soll sich unser gemeinsames Europa entwickeln? Brauchen und wollen wir ein gestärktes Europa, das auch in wirtschaftspolitischen, steuerpolitischen, sozialpolitischen und haushaltspolitischen Fragen eine Einheit wird? Und was heißt das für uns und unsere nationale Politik? Ich bin mir sicher, dass wir eine engere Gemeinschaft brauchen werden. Aber wenn wir uns in diese Richtung bewegen wollen, dann muss dies in Deutschland viel intensiver und inhaltsvoller diskutiert werden, als das bisher der Fall ist. Wenn wir eigene

nationale Kompetenzen abgeben, dann stellt sich die Frage: An wen und mit welcher Legitimation? Aus meiner Sicht kann es nur eine Verlagerung von Kompetenzen in ein demokratisch legitimiertes Parlament geben. Im Rahmen des Beschlusses über den Fiskalpakt geben wir Haushaltsrechte an die Europäische Kommission und den Europäischen Gerichtshof ab. Das halte das für falsch und habe deshalb auch nicht zugestimmt. Eine Verlagerung mit so weitreichenden Konsequenzen muss aus meiner Sicht durch eine Volksabstimmung legitimiert und mit einer Verfassungsänderung einhergehen.

Ich bin gespannt auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts im September. Ich bin mir sicher, dass wir in Deutschland in den nächsten Wochen und Monaten intensiv die Frage der Beteiligung der Bevölkerung an den Entscheidungsprozessen beraten werden. Mittlerweile – und wohl auch in Vorahnung auf das Karlsruher Urteil – gibt es ja derzeit kaum noch einen politisch Verantwortlichen, der sich gegen eine Volksabstimmung stellt, was vor Kurzem noch völlig anders war.

Ich wünsche mir, dass eine Diskussion um die Zukunft Europas intensiv geführt wird und freue mich auch darauf.

Herzlichst

**Kerstin Tack, MdB**

## Der Marktwächter zur Wahrnehmung der Verbraucherinteressen

In unserem Binnenmarkt stehen rund 99 Prozent VerbraucherInnen auf der Nachfrageseite rund einem Prozent UnternehmerInnen auf der Angebotsseite gegenüber. Trotz dieses zahlenmäßig starken Übergewichts der VerbraucherInnen haben Unternehmen deutlich mehr Einfluss: Sie bestimmen die Preise und die Bedingungen, zu denen VerbraucherInnen Waren und Dienstleistungen in Anspruch nehmen können. Sie gestalten maßgeblich die Preise auf den Märkten. Die Unternehmen haben dadurch in der Marktwirtschaft ein deutliches „Mehr“ an Steuerungskraft. Das liegt zunächst in der Natur des Marktes. Problematisch kann es aber immer dann werden, wenn der Markt nicht funktioniert oder einzelne Anbieter sich nicht an die Gegebenheiten halten.

Die Antwort der SPD auf dieses Problem ist das Verständnis sozialer Marktwirtschaft: Die soziale Marktwirtschaft, wie wir sie verstehen, ist eine Gegenthese zu einer Gesellschaft, in der eine Seite die andere deutlich übervorteilt und Solidarität ein Fremdwort ist. Daher wollen wir ein ausgewogenes Verhältnis von Angebots- und Nachfrageseite schaffen.

Fortsetzung auf Seite 2

## Der Marktwächter zur Wahrnehmung der Verbraucherinteressen

Fortsetzung von Seite 1

Wir wollen nicht nur bestehende Defizite ausmerzen, sondern wir wollen ein präventives System erschaffen, mit dem ein Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage beständig hergestellt wird und welches auch Marktneuerungen auf Augenhöhe gegenüber steht – getreu dem alten Satz von Karl Schiller: »So viel Markt wie möglich und so viel Staat wie nötig.«. Um dies zu verwirklichen wollen wir den Einfluss der VerbraucherInnen durch Einführung eines Marktwächters in den Bereichen Finanzen, Gesundheit, Energie und Digitales erhöhen. Diese Marktwächterfunktion soll von einer nicht staatlichen Behörde ausgeübt werden und überall dort handeln, wo das kollektive Verbraucherinteresse betroffen ist. Er soll also immer dann tätig werden, wenn eine Mehrzahl von VerbraucherInnen in ähnlicher Weise betroffen sind. Solche Marktprobleme können beispielsweise bei fehlerhaften Datenschutzbestimmungen im Internet, zu hohen Bankgebühren oder falschen Anreizen bei der Empfehlung von individuellen Gesundheitsleistungen aber auch noch in vielen anderen Fällen auftreten.

Daneben soll in den angesprochenen Bereichen eine Plattform geschaffen werden, auf der sich VerbraucherInnen informieren können. Im Lebensmittelbereich besteht eine solche bereits unter [www.lebensmittelklarheit.de](http://www.lebensmittelklarheit.de). VerbraucherInnen können Beschwerden eingeben und Unternehmen wird die Möglichkeit eingeräumt, diese Beschwerden auszuräumen wenn der öffentliche Druck zu groß wird. Außerdem sind unabhängige Testate in allen Bereichen enorm wichtig. Ich möchte, dass sich alle VerbraucherInnen möglichst leicht informieren können, welche Leistungen und Dienstleistungen für sie vorteilhaft sind. Denn je komplexer die Märkte werden, desto schwieriger wird für den Einzelnen die Orientierung auf dem Markt. Es ist kaum möglich zu wissen, welches Konto, welche Versicherung, welche ärztliche Empfehlung oder welcher Stromanbieter derjenige ist, der die persönlichen Interessen am besten erfüllt. Und nicht jeder Vergleichstest im Internet ist auch unabhängig und verlässlich. Daher benötigen wir unabhängige Tests in allen Teilbereichen des Marktes.

Neben der Bewältigung von Marktmissständen soll es eine weitere Funktion des Marktwächters sein, VerbraucherInnen bereits frühzeitig aufzuklären und auf diese Weise Problemen in einem frühen Stadium vorzubeugen. Die Verbraucherbildung nimmt noch einen viel zu kleinen Bereich ein und muss lernen, auf die Bedürfnisse der Menschen einzugehen. Wer nicht mit einem Computer oder Handy aufgewachsen ist, braucht beispielsweise im Internet eine deutlich stärkere Sinnschärfung für die Möglichkeiten und Probleme, als ein 16 jähriger. Wir müssen es schaffen, dass jeder – unabhängig von Alter, Bildung und Herkunft – eine gute Grundlage für wichtige Entscheidungen des täglichen Lebens hat.

Ich setze mich dafür ein, allen VerbraucherInnen eine bewusste und abgewogene Entscheidung zu ermöglichen, bei der sie wissen worüber sie entscheiden und Vor- sowie Nachteile erkennen.

## Wir brauchen Kita-Ausbau statt Betreuungsgeld

Trotz aller öffentlichen Kritik hat die Bundesregierung ihr Vorhaben nicht aufgegeben. Am 28.06.2012 fand die erste Debatte zum Betreuungsgeld im Deutschen Bundestag statt und im Herbst soll diese unsinnige familienpolitische Leistung endgültig beschlossen werden.

SPD, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, ÖkonomInnen und HaushaltspolitikerInnen, kommunale Verbände und Familienorganisationen, Kirchenvertreter, Prominente und nicht zuletzt die Mehrheit von 71 Prozent der Deutschen lehnen die Einführung des Betreuungsgeldes ab. Selbst eigene ExpertInnen der Bundesregierung stellen das umstrittene Projekt in Frage. Im neuen nationalen Bildungsbericht warnen sie vor den Fehlanreizen der Leistung. Angesichts der Probleme beim Krippenausbau zweifeln die ExpertInnen am Sinn des Betreuungsgeldes, das Eltern erhalten sollen, wenn sie ihre Kleinkinder zu Hause betreuen.

Wir alle wissen, dass die eigentliche Aufgabe der Familienpolitik darin besteht, den auf SPD-Initiative 2008 beschlossenen Rechtsanspruch auf einen Krippen-Platz umzusetzen. Dieser tritt im August 2013 in Kraft, aber 200.000 Betreuungsplätze fehlen bundesweit. Für die 2 Milliarden, die das Betreuungsgeld kosten wird, könnten allein 166.000 zusätzliche Krippenplätze entstehen und ich finde, darauf sollte sich die Bundesregierung konzentrieren.

Wir fordern, das ganze Projekt Betreuungsgeld aufzugeben und das Geld umzulenken in den Kita-Ausbau. Denn hier wird es dringend gebraucht. Einen entsprechenden Antrag haben wir am 28.06.2012 ebenfalls in den Deutschen Bundestag eingebracht.

Allein in Niedersachsen könnten mehr als 11 000 zusätzliche Kitaplätze geschaffen werden, wenn die Bundesregierung die 2 Mrd. Euro aus dem Betreuungsgeld umwidmen würde. Mit dem Geld könnten nicht nur neue Plätze eingerichtet werden, die Kommunen könnten auch bei den Betriebskosten der bisher schon existierenden Kindertagesstätten entlastet werden. Niedersachsen liegt im Ländervergleich am unteren Ende der Investitionsskala für den Kitausbau, an einer Verbesserung daran sollte gearbeitet werden. Die Mehrheit der Niedersachsen lehnt das Betreuungsgeld ab. In einer Umfrage im Juli sprachen sich 63 Prozent gegen die Einführung aus. Auch ist die Mehrheit dafür, dass sich Niedersachsen gegen die Einführung des Betreuungsgeldes einsetzen soll.

Mit einem Schreiben an alle Gemeinde- und Stadträte Niedersachsens hat die niedersächsische SPD eine Musterresolution verschickt, in der die schwarz-gelbe Bundesregierung aufgefordert wird, die umstrittene Sozialleistung nicht einzuführen und das Geld lieber zur Schaffung von Krippenplätzen in den Kommunen einzusetzen. Einige Kommunalparlamente haben bereits schon entsprechende Beschlüsse gefasst.

Vielleicht besinnen sich auch die Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP noch und nehmen ihren unsinnigen Gesetzentwurf zur „Kita-Fernhalteprämie“ zurück.

**Wir als SPD werden jedenfalls alles dafür tun, das Betreuungsgeld zu verhindern.**





## Verbraucherrechte in der digitalen Welt

Das Internet nimmt einen immer größeren Stellenwert in unserer Gesellschaft ein. Gespräche und Terminplanungen finden in sozialen Netzwerken statt, Produkte werden im Internet gekauft, Reisen gebucht, Preise verglichen und auf dem Smartphone kann man sehen, wo das beste Restaurant in der Umgebung sein soll. Diese neuen Techniken bieten tolle Möglichkeiten, das Leben einfacher zu gestalten. Von zu Hause aus sind plötzlich Dinge möglich, die früher undenkbar gewesen wären. Für all diese Neuerungen müssen Regeln ausgehandelt werden. Die Regelungen der nicht-virtuellen Welt passen nicht immer auf die Neuerungen der Digitalisierung. In diesem spannenden Prozess des Ringens um neue Regeln für die digitale Welt befinden wir uns gerade.

Als Mitglied der Enquete Kommission Internet und digitale Welt des Deutschen Bundestages beschäftige ich mich mit der Frage, wie solche Regeln für VerbraucherInnen ausgestaltet werden sollten. Mir ist dabei besonders wichtig, dass wir es schaffen die Möglichkeiten des Netzes für alle gleichartig nutzbar zu machen. Das heißt zunächst einmal, dass jeder die Möglichkeit der Nutzung haben sollte. Darüber hinaus sollten aber auch die Entscheidungen von VerbraucherInnen und Verbrauchern etwa über die Abgabe von Daten, von jedem gleichartig getroffen werden können. Gerade in diesem Bereich haben wir noch einen langen Weg vor uns: Persönliche Daten werden immer häufiger zur Währung des Internets. Soziale Netzwerke beispielsweise finanzieren sich dadurch, dass sie Nutzerdaten auswerten und der Werbeindustrie zielgenaue Werbung ermöglichen. Leider kennen viele VerbraucherInnen diese Vorgänge nicht. Die Hinweise darauf finden sich dann häufig irgendwo im Kleingedruckten. Das müssen wir ändern und dafür sorgen, dass alle VerbraucherInnen alle Informationen, die sie für die Entscheidung benötigen, klar und deutlich serviert bekommen.

Auch dem Thema Urheberrecht verschafft die Digitalisierung eine völlig neue Dimension. Das Internet hat enorme Auswirkungen auf die Verbreitung immaterieller Güter. Digitale Inhalte lassen sich technisch jederzeit und überall verfügbar machen und mit geringem Aufwand ohne Qualitätsverlust unendlich oft reproduzieren. Die Durchsetzung des Rechts am geistigen Eigentum gestaltet sich zunehmend schwierig. Die SPD-Bundestagsfraktion hat „12 Thesen für ein faires und zeitgemäßes Urheberrecht“ erarbeitet, das wir auch im Rahmen des Projektes Kreativpakt der SPD-Bundestagsfraktion zur Diskussion stellen (<https://zukunftsdialog.spdfraktion.de>).



*Der Praxis über die Schulter geschaut*

## Hospitation bei McDonald's

Eine Schicht lang konnte ich mich über die Abläufe und Arbeitsprozesse bei McDonald's in der Vahrenwalder Straße informieren. Ich durchlief fast alle Stationen der Filiale. Eingangs gab es eine Unterweisung über die hygienischen Standards. Erste Station war die Küche, wo ich div. Burger und sonstige Speisen zubereitete. Weiter ging es in den Drive-In-Bereich und den Verkaufstresen bis hin zum Cafe-Betrieb. Das war richtig anstrengend und total spannend. Alles läuft absolut nach Plan und jeder Arbeitsschritt ist durchdacht. Natürlich ließ ich mir auch erläutern, wo die Ware herkommt und welche Qualitätskriterien eingehalten werden. Auch die Kampagnen und Projekte im Rahmen gesunder Ernährung, die bei McDonald's eine große Rolle spielen, wurden erklärt. Selbstverständlich informierte ich mich auch über die Arbeitsbedingungen und Arbeitsmöglichkeiten, die McDonald's ihren Beschäftigten bietet. Mein Fazit lautet: McDonald's ist ein interessantes Unternehmen mit vielfältigen Ausbildungs- und Arbeitsbereichen.



---

## WahlkreisTACKtiker 2012

*Das Schulprojekt für junge Demokratinnen und Demokraten*

Auch in diesem Jahr führe ich wieder ein praxisorientiertes Schulprojekt durch. Unter dem Titel: „WahlkreisTACKtiker“ schlüpfen die Schülerinnen und Schüler einer Klasse in die Rolle von Politikberaterinnen und -beratern. Sie recherchieren zu einem aktuellen Thema, analysieren die Ergebnisse und entwickeln beratend Vorschläge zur politischen Umsetzung.

Mitmachen können aus dem Wahlkreis Schulklassen aller Schulzweige ab der 8. Jahrgangsstufe. Aus den eingehenden Bewerbungen werden drei Schulklassen als diesjährige WahlkreisTACKtikerinnen und -TACKtiker ausgewählt.

Anmeldeschluss ist der 30.09.2012

Weitere Informationen auf:  
[www.kerstin-tack.de/wahlkreistacktiker/](http://www.kerstin-tack.de/wahlkreistacktiker/)



## Besuchsgruppen in Berlin



28.06.: Besuch einer Schulklasse der Herschelschule im Bundestag



Girls-Day-Bewerberinnen besuchen Kerstin Tack am 11.06. im Reichstag



07.06.: Eine Schulklasse des Kurt-Schwitters-Gymnasiums zu Besuch im Bundestag



31.05.: 50 politisch interessierte BürgerInnen aus Hannover zu Gast im Bundestag



14.05.: Besuch der Kinderkonferenzen der Grundschulen Fuhsestraße und Fridtjof-Nansen bei den Kindertagen im Bundestag

## Kerstin Tack unterwegs



Zu Besuch bei der Bundeswehr am 30.07.



Besuch der Hannoverschen Kartonagenfabrik gemeinsam mit Stephan Weil am 24.07.



Frauen-Talk am 17.07.



In der Fridtjof-Nansen-Grundschule am 10.07.



Grußwort zum 50. Geburtstag des Fanfarenzuges der Schreberjugend am 08.07.



Schützenausmarsch am 01.07.



Eröffnung der Wanderausstellung des Bundestages am 25.06.



Kunstprojekt in der Brüder-Grimm-Grundschule am 18.06.



Matthias Miersch, Birgit Prinz, Gerald Asamoah und Kerstin Tack am 13.06.



Mit der hannoverschen Teilnehmerin des Planspiels „Jugend und Parlament“ Nele Groth



Konferenz der SPD-Bundestagsfraktion mit hannoverschen Personal- und Betriebsräten am 13.06.



Nach der Wahl in den AWO-Bezirksvorstand am 09.06.: Mit Silke Lesemann und Marco Brunotte



Bei der Veranstaltung „Der europäische Fiskalpakt - Auswirkungen auf Deutschland“ am 14.05.



## Interview mit Herrn Billen

Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverbandes (vzbv)

**Verbraucherpolitik ist Wirtschaftspolitik von der Nachfrage aus gesehen. Welches sind Ihre Kernforderungen für eine verbraucherfreundliche Wirtschaftspolitik?**

Die Wirtschaftskraft der Verbraucher stützt seit Ausbruch der Finanzkrise maßgeblich das Bruttoinlandsprodukt. Deshalb stellt auch die Europäische Kommission die Verbraucher in den Mittelpunkt ihrer aktuellen Binnenmarktpolitik. Trotz ihrer Nachfragekraft sind die Verbraucher im Markt aber nicht auf Augenhöhe mit den Anbietern. Wir brauchen eine Wirtschaftspolitik, die bei der Rahmensetzung und bei der Gestaltung der Aufsicht konsequent und gleichberechtigt die Verbraucherperspektive einbezieht. Das heißt, dass Verbraucher einen transparenten Markt brauchen, der ihnen eine echte Wahl lässt.

**Sind die von der Bundesregierung getroffenen Maßnahmen im Rahmen der Finanzmarktkrise ausreichend für einen gelingenden Anlegerschutz?**

Aus Verbrauchersicht sind die Lehren aus der Krise noch nicht hinreichend gezogen. Es gibt noch immer Störungen im Wettbewerb, unfaire Vertriebsmethoden oder ineffiziente Finanzprodukte. Wir sehen auch nicht, dass es mit der geplanten Reform der Finanzaufsicht in Zukunft gelingen wird, den Finanzmarkt konsequent auch aus Anlegersicht in den Blick zu nehmen.

**Daten- und Verbraucherschutz gehen immer mehr ineinander über. Wo sehen Sie hier die Herausforderungen für die Politik?**

So wie im Alltag Offline- und Online-

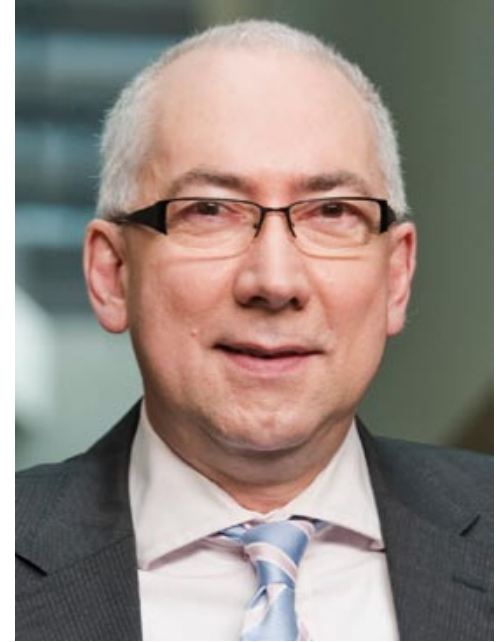
Welt immer mehr verschmelzen, lässt sich auch Daten- von Verbraucherschutz nicht mehr trennen. Über die Frage des Persönlichkeitsschutzes im Netz hinaus fordert die Digitalisierung der Gesellschaft uns alle heraus, sich zentralen Fragen zu widmen: Welche Werte und Normen gelten in einer digitalen Gesellschaft? Wie kann politische Willensbildung und Partizipation gelingen? Wie kann eine freie Informations- und Wissensgesellschaft funktionieren angesichts marktbestimmender Konzerne?

**Es gibt aktuell eine Debatte über die Einführung von Marktwächtern. Glauben Sie, dass hiermit eine Stärkung der Verbraucherinnen und Verbraucher erreicht werden kann?**

Unser Marktwächter-Konzept bietet einen Ansatz, eine zentrale Schwäche im Markt in den Griff zu bekommen. Aufsichtsbehörden haben häufig entweder kein Mandat, zu wenig Ressourcen oder auch keinen Kontakt zu Verbrauchern, um deren Situation im Markt beurteilen zu können und Missstände abzustellen.

Wir sind dagegen mit den Verbraucherzentralen als bundesweites Netzwerk bereits so aufgestellt, dass wir Lücken bei der Marktbeobachtung und -bewertung zumindest so weit schließen können, dass wir den Aufsichtsbehörden wertvolle Erkenntnisse über Missstände liefern können. Dies erproben wir erfolgreich seit über einem Jahr mit der Initiative Finanzmarktwächter.

Weiteres Potenzial für Marktwächter sehen wir etwa in den Bereichen Energie, Gesundheit und Telekommunikation.



Das sind die deregulierten und liberalisierten Märkte, in denen Verbraucherinteressen besonders schutzbedürftig sind. Damit sich die Behörden auch mit den Missstandsmeldungen der Marktwächter befassen, braucht es Regeln für das Zusammenspiel zwischen Aufsichtsbehörden und zivilgesellschaftlichen Marktwächtern.

Eine kluge Koordinierung von staatlicher Aufsicht und zivilgesellschaftlicher Marktbeobachtung hilft, systematische Fehlentwicklungen im Markt aufzudecken und abzustellen. Davon werden die Verbraucherinnen und Verbraucher und letztlich auch die Wirtschaft im Ganzen profitieren.

**Die Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. (vzbv) vertritt die Interessen der Verbraucher gegenüber Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.**

**Weitere Informationen auf [www.vzbv.de](http://www.vzbv.de)**



*Liebe Freundinnen und Freunde,  
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger!*

Beim Erscheinen vom Kontakt werden es nur noch knapp 5 Monate bis zur Landtagswahl sein. Im Wahlkreis 28 sind die Weichen gestellt. Ein aktives Wahlkampfteam arbeitet seit Wochen. Wir wollen den Wechsel in Niedersachsen und dazu gehört, dass der Wahlkreis Hannover Mitte rot bleibt.

Dafür werde ich mich mit ganzer Kraft einsetzen. Für Ganztagschulen, die diesen Namen verdienen, für die Umsetzung der Inklusion, für ein starkes bürgerschaftliches Engagement gegen Rechts! Mir ist nicht bange, dass es uns gelingen wird, die Stillstandsregierung

in Niedersachsen abzulösen. Mit Stephan Weil an der Spitze haben wir einen hervorragenden Spitzenkandidaten, der bereits als Oberbürgermeister bewiesen hat, dass Haushaltskonsolidierung und soziale Politik keine Gegensätze sein müssen.

Einen herzlichen Gruß –  
und bitte gehen Sie wählen

Ihr  
Michael Hans Höntsch

**[michael.hoentsch@live.de](mailto:michael.hoentsch@live.de)  
[www.michael-hoentsch.de](http://www.michael-hoentsch.de)**

## Marktbesuche im September 2012



### Di. 18. September

11:00 Uhr Markt an der Friedenskirche  
(Zooviertel)

### Mi. 19. September

10:00 Uhr Markt auf dem Moltkeplatz (List)

11:00 Uhr Markt auf dem Jahnplatz  
(Vahrenwald)

### Do. 20. September

14:30 Uhr Markt auf der Gretchenstraße  
(Oststadt)

15:45 Uhr Markt auf dem Sahlkampmarkt/  
Hägewiesen (Sahlkamp)

### Fr. 21. September

09:00 Uhr Markt auf dem Stöckener Markt  
(Stöcken)

10:00 Uhr Markt auf dem Klopstockmarkt  
(List)

13:00 Uhr Vor dem Kaufland in der  
Krepenstraße 5 (Hainholz)

14:30 Uhr Markt am Einkaufspark Bothfeld  
in der Sutelstraße (Bothfeld)

15:30 Uhr Markt auf dem Roderbruchmarkt  
(Groß-Buchholz)

### Sa. 22. September

10:00 Uhr Markt vor der Kardinal-Galen-  
Schule/Hinter der Alten Burg  
(Misburg)

### Impressum:

kontakt | Ausgabe 3/2012 | V.i.S.d.P.: Kerstin Tack  
Im Kreuzkampe 1 | 30655 Hannover  
www.kerstin-tack.de | kerstin.tack@wk.bundestag.de

Redaktion: Thilo Scholz

Gedruckte Auflage: 1.000 Exemplare

Nächster Erscheinungstermin: 11/2012

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 20.08.2012

Nächster Erscheinungstermin: 12/2012

### Bildnachweise:

S. 1 Berliner Bären | juli / photocase.com

S. 3 Am Rechner | Julia Nimbus / photocase.com

S. 4 Fridtjof-Nansen-Grundschule und Wander-  
ausstellung Bundestag | Hans-Werner Blume

S. 4 Kunstprojekt in der Brüder-Grimm-Grundschule |  
Manfred Göbber

S.4 Matthias Miersch, Birgit Prinz, Gerald Asamoah  
und Kerstin Tack | Detlef Gottwald

S. 6 Gerd Billen | Quelle: vzbv / Dominik Butzmann

## Aus meinem Terminkalender September bis November 2012

- 05. Sep. Verbraucherschutz-Veranstaltung, Marl
- 06. Sep. „Wenn Arbeit krank macht“-Veranstaltung, Berlin
- 07. Sep. Klausurtagung der SPD-Bundestagsfraktion, Berlin
- 07. Sep. Sommerempfang des Bezirksrats Herrenhausen-Stöcken,  
Hannover
- 08. Sep. Einschulaktionen der SPD vor den Grundschulen  
Hägewiesen und Mengendamm, Hannover
- 08. Sep. Lister-Meile-Frühstück der SPD List-Süd, Hannover
- 08. Sep. Jahnplatzfest, Hannover
- 09. Sep. Schützenfest Bothfeld, Hannover
- 10.-14. Sep. Sitzungswoche Bundestag, Berlin
- 18. Sep. Verbraucherschutz-Veranstaltung, Barsinghausen
- 19. Sep. Festveranstaltung „10 Jahre Schura“, Hannover
- 20. Sep. Mitgliederversammlung SPD List-Süd, Hannover
- 22. Sep. Bothfelder Herbstmarkt, Hannover
- 24.-28. Sep. Sitzungswoche Bundestag, Berlin
- 26. Sep. Besuch von zwei Schulklassen der IGS List im Reichstag,  
Berlin
- 27. Sep. Besuch von vier Schulklassen der Sophienschule im  
Reichstag, Berlin
- 28. Sep. Besuch von einer Schulklasse der IGS List im Reichstag,  
Berlin
- 30. Sep. Frühstück mit Politik, AWO Heim Freundschaft, Hannover
  
- 08. Okt. Ökologische Station Mittleres Leinetal, Hannover
- 09. Okt. Podiumsdiskussion „Soziale Stadt“, Hannover
- 10. Okt. Beirat Nachhaltigkeit des Bundestages, Brüssel
- 13. Okt. Infostand der SPD List-Süd auf der Lister Meile, Hannover
- 15.-19. Okt. Sitzungswoche Bundestag, Berlin
- 22.-26. Okt. Sitzungswoche Bundestag, Berlin
- 30. Okt. Besuch des Reemtsma-Werkes, Langenhagen
- 31. Okt. 10 Jahre Bundesamt für Verbraucherschutz und  
Lebensmittelsicherheit, Braunschweig
  
- 01. Nov. Mitgliederversammlung SPD Vahrenwald, Hannover
- 03. Nov. Jubilarehrung der SPD List-Süd, Hannover
- 04. Nov. Offener Sonntag der AWO Altenbegegnungsstätte, Lehrte
- 05.-09. Nov. Sitzungswoche Bundestag, Berlin
- 08. Nov. Besuch eines Kurses des Bildungswerks der Nds. Wirtschaft  
im Reichstag, Berlin
- 10. Nov. Programmparteitag der SPD

## BürgerInnensprechstunden von Kerstin Tack

**04. September von 16:00 bis 18:00 Uhr**

**09. Oktober von 16:00 bis 18:00 Uhr**

**30. Oktober von 16:00 bis 18:00 Uhr**

BürgerInnenbüro Kerstin Tack  
Im Kreuzkampe 1 | 30655 Hannover

Um Anmeldung wird gebeten unter  
Tel. 0511 69 98 05 oder  
per E-Mail an [kerstin.tack@wk.bundestag.de](mailto:kerstin.tack@wk.bundestag.de)

Weitere Informationen zu den Terminen finden Sie unter  
[www.kerstin-tack.de](http://www.kerstin-tack.de)